

N i e d e r s c h r i f t

HFA/031/2013

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 29.01.2013**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Udo Mollen
Frau Ulrike Stockel	SPD	Vertretung für Frau Peg- gy Fehrmann

Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Herrn Stefan Gude
-----------------	-----	-------------------------------------

Verwaltung:

Herr Axel Linke		Beigeordneter
Herr Mathias Krümpel		
Herr Heinz Hermeling		Fachbereichsleiter FB 7
Herr Michael Kramer		Fachbereichsleiter FB 3
Herr Werner Schröer		Fachbereichsleiter FB 5
Herr Jürgen Wullkotte		Fachbereichsleiter FB 4
Herr Günter Strauch		Leiter Projektmanage- ment
Frau Michaela Hövelmann		Stellv. Pressesprecherin
Frau Julia Kersting		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Dr. Kordfelder auf die Vorlage 026/13 „Haushaltskonsolidierung FB 5 – Planen und Bauen - öffentliche Grünflächen“ und merkt an, dass die Vorlage abgesetzt werden müsse.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung am 27. November 2012

0:02:31

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 27. November 2012 gefassten Beschlüsse

0:02:58

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben wurden.

3. Informationen

3.1. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:03:15

Herr Krümpel informiert, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von 6,7 Mio. € in Anspruch genommen werde. Die Liquiditätslage sei weiterhin angespannt.

3.2. Klimaschutz

0:04:18

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass sie am 16. Januar 2013 für die Stadt Rheine zusammen mit dem Landrat des Kreises Steinfurt, dem Landrat des Kreises Osnabrück und dem Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück eine Kooperationsvereinbarung zum Thema „Masterplanregion 100 % Klimaschutz“ unterzeichnet habe. Es gebe eine Förderung des Bundesumweltministeriums von 2,43 Mio. € für ein 4-jähriges Projekt „Masterplan 100 % Klimaschutz“. Die Stadt Rheine partizipiere an diesem Projekt mit ca. 500.000,00 €. Das Bundesministerium für Umwelt fördert in diesem Programm insgesamt 19 Gebietskörperschaften, die sich den Zielen verpflichtet haben, bis 2050 im Vergleich zu 1990 95 % der Treibhausgas-Emissionen und 50 % des Endenergieverbrauchs zu reduzieren. Mit den Fördermitteln werden die teilnehmenden Gebietskörperschaften dabei unterstützt, Strategien und geeignete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu entwickeln und diese jeweils in einem Masterplan zusammenzuführen.

Die 4 beteiligten Gebietskörperschaften haben eine länderübergreifende Masterplanregion mit Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gebildet, was bislang einmalig sei. Man setze sich gemeinsam dafür ein, mit allen gesellschaftlichen Akteuren vor Ort einen Beitrag zur Energiewende zu leisten und die negativen Auswirkungen des Klimawandels so weit wie möglich zu begrenzen. Das gemeinsame Ziel, dem man sich verpflichtet habe, sei eine lebenswerte und zukunftsfähige Masterplanregion. Für die Förderkriterien zur Erreichung der Ziele engagieren sich alle Beteiligten, insbesondere in den Bereichen Ausbau der erneuerbaren Energien, Förderung der Energie-Effizienz, sparsame Nutzung von Energie in Strom- und Wärmesektoren, Erhöhung der Gebäudesanierungsraten und klimaschonende Mobilitätskonzepte. Für Rheine habe Frau Dr. Kordfelder die Themen erneuerbare Energien und kommunale Wertschöpfung dargestellt.

In einer Studie zum Thema „Kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien in 2 Modellkommunen in Nordrhein-Westfalen“ im Kreis Steinfurt und in der

Stadt Bochum, die vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben wurde, komme das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung zu folgenden Resultaten:

„Die für den Kreis Steinfurt ermittelten kommunalen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte durch erneuerbare Energien summieren sich auf 46,2 Mio. € und 834 Vollzeitstellen im Jahr 2011. Nach den Szenarien, die auf den im Kreis Steinfurt vorhandenen Konzepten zum EE-Ausbau (erneuerbare Energien) basieren, steigt die kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien bis 2020 auf 107,6 Mio. € bis 2050 sogar auf 143,7 Mio. €. Damit wird eine Verdopplung bzw. Verdreifachung der kommunalen Wertschöpfungseffekte erzielt. Bei den Beschäftigungseffekten zeige sich eine ähnliche Entwicklung.“

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass man mit dieser Konzeptionierung auf dem richtigen Weg sei. Vereinbart seien regelmäßige Treffen, die dem Austausch der Partner dienen sollen, um gemeinsame Handlungsfelder zu definieren und um modellhafte Lösungen anzustoßen. Über die weiteren Schritte werde Frau Dr. Kordfelder den Haupt- und Finanzausschuss bzw. den Rat zu gegebenen Zeit informieren.

3.3. Weiterentwicklung General-Wever-Kaserne

0:08:49

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass sie am 15. Januar 2013 zu einem Dankes-kaffee für die Sponsoren für den Schlaun-Wettbewerb eingeladen habe. Teilgenommen haben Vertreter der Oldenburgischen Landesbank, des Verlages Altempeppen, der Stadtwerke, der NRW-Bank, des Versicherungskonzerns LVM, der BImA, als Eigentümerin des Geländes und die Organisatoren des Schlaun-Wettbewerbes. Die Organisatoren haben über den aktuellen Stand informiert. Die Bewerbungsfrist endet am 15. März. Es gab Meldungen von 28 Hochschulen mit 170 Studierenden aus dem europäischen deutschsprachigen Raum. Die Spannweite gehe von Barcelona bis nach Posen. Dies sei ein guter Marketingeffekt für die Stadt Rheine. Rheine könne im hohen Maße von den Ergebnissen des Wettbewerbes partizipieren, selbst wenn die vorgelegten Pläne nicht eins zu eins auf dem Gelände der General-Wever-Kaserne umgesetzt werden können. Die Gewinner des Wettbewerbes werden am 2. Juni im Rahmen des Schlaun-Festes im Erbdrostenhof in Münster ausgezeichnet werden.

3.4. Abzug der Bundeswehr

0:11:09

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass bei dem morgigen Neujahrsempfang der Bundeswehr der Chef der Staatskanzlei, Herr Lersch-Mense, als Hauptredner erwartet werde. Heute habe Frau Dr. Kordfelder eine Einladung von Herrn Oberst Knobloch für den 6. Februar 2013 nach Diepholz mit folgendem Text bekommen:

Mit diesem Schreiben übersende ich Ihnen eine Einladung zur ersten Parole des Waffensystemunterstützungszentrums 2 mit anschließendem Empfang am Standort Diepholz.

Einheiten aus meinem Bereich haben mit Wirkung vom 1. Januar 2013 einen Teil der Aufgaben, der Verantwortungen und des Personals des aufzulösenden mittleren Transporthubschrauberregimentes 15 am Standort Rheine übernommen.

Mit dieser Parole möchte ich unter anderem erstmals das Personal aus Rheine und Diepholz bei einem offiziellen Antreten zusammenführen und in den nicht einfachen, herausfordernden Zeiten des Umbruchs die Zusammengehörigkeit sowie die Verbundenheit mit den „Neuen“ aus Rheine unterstreichen.

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass sie in Wertschätzung der Soldatinnen und Soldaten und der Zivilbeschäftigten des mittleren Transporthubschrauberregimentes 15 und der angehörigen Familien und mit Respekt vor der Luftwaffe als Repräsentantin einer Stadt, die sich über 50 Jahre als Garnisonsstadt definiert habe, dieser Einladung folgen werden.

4. Bericht der Bürgermeisterin zum Besuch einer Delegation von Rat und Verwaltung in der Staatskanzlei Düsseldorf am 19.12.2012 in Verbindung mit einer Sachdarstellung zum EU-Förderprojekt "EFRE"
Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 16.01.2013
Vorlage: 087 / 13

0:13:30

Herr Bonk informiert, dass im Dezember eine Delegation von Rat und Verwaltung der Einladung des Chefs der Staatskanzlei nach Düsseldorf gefolgt sei.

Herr Holtel berichtet, dass man bei der Veranstaltung mehr zum Thema EFRE erwartet habe.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass man die Folgen des Bundeswehrazuges nicht alleine bewältigen könne. Gleichzeitig müsse man den Wegfall der Karmann-Betriebe, durch den man bereits 1.000 Arbeitsplätze verloren habe, und die geplante Zechenschließung in Ibbenbüren 2018, bei der weitere 2.000 Arbeitsplätze in der Region wegfallen, im Blick haben. Im Rahmen von Faktenchecks im Zusammenhang mit dem Thema „Bewältigung des Bundeswehrazuges aus der Theodor-Blank-Kaserne“ habe man ein regional abgestimmtes Vorgehen seitens aller Beteiligten vereinbart. Man könne von einer konzertierten regionalen Allianz aller Beteiligten sprechen, die an dem runden Tisch teilgenommen haben. Neben beteiligten Akteuren aus Rheine haben die Bürgermeister der Umlandkommunen, der Landrat, der Regierungspräsident, der Vorsitzende des Regionalrates und die jeweils zuständigen Mitglieder des Bundestages und des Landtages teilgenommen.

Nach der Entscheidung des Bundesverteidigungsministers habe man deutlich gemacht, dass man Hilfe benötige, um den Wechsel der Bundeswehr in andere Bereiche verkraften zu können. Diese Hilfe erwarte man vom Land und vom Bund. Die CDU-Fraktion habe am 21. August 2012 aufgrund der zu erwartenden Strukturveränderung für die Stadt Rheine darum gebeten, die Ministerpräsidentin

zu einem Arbeitsbesuch einzuladen. Die Staatskanzlei habe daraufhin nach Düsseldorf eingeladen mit dem Hinweis, dass die Ministerpräsidentin ohnehin zum Auftakt des Jubiläumsjahres nach Rheine kommen würde und bei einem Gespräch in der Staatskanzlei die Vertreter der anderen Ministerien anwesend sein würden. Dieses Gespräch habe am 19. Dezember 2012 stattgefunden. Es waren neben dem Staatssekretär Vertreter aus den beteiligten Ministerien Wirtschaft, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung anwesend. Vom Rat der Stadt Rheine haben Herr Bonk, Herr Roscher, Herr Holtel und Herr Reiske teilgenommen. Von der Verwaltung haben neben ihr Herr Kuhlmann, Herr Dr. Janssen und Frau Gehrke teilgenommen.

Man habe die Gelegenheit genutzt, die Gesamtsituation in der Entwicklung darzustellen. Die Anlagen über die Darstellung seien der Vorlage beigelegt. Es wurde deutlich gemacht, dass es nicht damit getan sei, auf die einzelnen Gelände zu schauen; man müsse die gesamte Region vor dem Hintergrund der nächsten EU-Förderperiode in den Blick nehmen.

Die nächste EU-Förderperiode betrifft den Zeitraum 2014 – 2020. Diese Förderperiode sei parlamentarisch noch nicht abgedeckt; die Beschlüsse dazu fehlen noch. Frau Dr. Kordfelder sei in vielen Vorbereitungsgesprächen auf unterschiedlicher Ebene eingebunden gewesen. Die angedachte Fördergesamtsomme sei noch unklar. Im letzten Jahr habe man von einer Summe von 376 Milliarden € für den Zeitraum 2014 – 2020 gesprochen. Die 376 Milliarden € werden in unterschiedliche Fonds einsortiert. Der Fonds, auf den die Stadt Rheine den Schwerpunkt lege, sei der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Frau Dr. Kordfelder informiert, dass es daneben den europäischen Sozialfonds (ESF), einen allgemeinen Kohäsionsfonds, einen europäischen Landwirtschaftsfonds, einen speziellen Fonds für die Entwicklung im ländlichen Raum (ELER) und den europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) gebe. In den Vorbereitungsgesprächen sei ein System entwickelt worden, wie die 376 Milliarden € konzentriert gleichmäßig in Europa eingesetzt werden können. Europa wurde unterteilt in die weniger entwickelten Regionen, besser gestellte Regionen und stärker entwickelte Regionen. Zu den weniger entwickelten Regionen gehören z. B. Portugal, eine Schiene osteuropäischer Staaten und Sizilien. Insbesondere Westdeutschland gehöre in den wesentlichen Punkten zu den stärker entwickelten Regionen. Eine Übersicht darüber gebe es in der Anlage der Vorlage zum Thema Kohäsionspolitik 2014 – 2020 auf Seite 16. Für die stärker entwickelten Regionen stehen insgesamt 53 Milliarden € zur Verfügung.

Im Rahmen der Förderung gebe es verschiedene Ausführungsverordnungen. Zu dem Bereich EFRE gebe es eine spezielle EFRE-Verordnung. Im Artikel 7 der EFRE-Verordnung stehe etwas zum Thema „Integrierte Territoriale Investitionen“. In EFRE seien Schwerpunkte mit verstärkter Fokussierung auf Klimawandel und Schritte in Richtung einer CO₂-armen Wirtschaft, Unternehmensförderung für kleine und mittelständische Unternehmen, Telekommunikations-, Energie- und Verkehrsinfrastrukturen und der gesamte Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung festgelegt. Das Wirtschaftsministerium habe im letzten Jahr 900 Kommunen, Verbände, Wirtschaftsförderer und andere Akteure nach ihren Vorstellungen abgefragt, wie sie sich eine solche territoriale Investition vorstellen könnten. Herr Kuhlmann und Herr Dr. Janssen waren auch an dem Verfahren beteiligt und seien befragt worden. Die Ergebnisse werden vom Wirtschaftsministerium aufgearbeitet und werden über das Bundesland in die EU-Ebene gespeist, in der das Parlament Mitte des Jahres beschließen werde, wie die Struktur definitiv aussehen werde und wie und in welchen Relationen das Geld verteilt werden solle.

Sich in dem Kontext gut aufzustellen, habe man im letzten Jahr bereits diskutiert, vor allem, wenn es für die Stadt Rheine die Möglichkeit gebe sich, mit Ent-

wicklungen die man ohnehin bereits im Blick habe, dort zu positionieren. Die Bürgermeisterin verwies diesbezüglich auf das Protokoll des Rates vom 22. Mai 2012. Die Nachnutzung von Konversionsflächen sei von Landesseite ausdrücklich aufgenommen. Jetzt sollte überlegt werden, wie man einen regionalen Konsens erziele, um einen solchen Förderantrag zu stellen.

Am 19. Dezember 2012 habe man mit dem Staatssekretär und den Vertretern der Ministerien über die unterschiedlichen Engagements der Stadt Rheine im Zusammenhang mit dem Thema „Konversion und Nachnutzung“ gesprochen. Man arbeite bereits an unterschiedlichen Strängen, um sich als Stadt aufzustellen, um nachhaltig und positiv zukunftssträchtig zu arbeiten. Beispiele dafür seien die Weiterentwicklung im Rahmen des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes und der Schlaun-Wettbewerb. Der Staatssekretär habe in diesem Zusammenhang das Angebot gemacht, mit NRW.Urban zusammen Perspektivwerkstätten zu machen und diese mit der Idee von Rheine, eine Modellregion für ein ITI zu konzipieren, zu verbinden. Die externe Begleitung durch NRW.Urban werde zu 100 % durch das Land finanziert. Dieses Angebot, diese Perspektivwerkstätten durchzuführen, möchte man gerne annehmen. Es würde korrespondieren mit dem Vorschlag, eine Regionalkonferenz einzuberufen.

Nach dem 19. Dezember 2012 habe man an unterschiedlichsten Strängen an dem Thema weitergearbeitet. Die Vorlagen habe Frau Dr. Kordfelder in eine Vorbereitungssitzung des Regionalrates Münster gegeben, weil sie wusste, dass es Anfang Januar auf Ministeriumsebene Spitzengespräche dazu geben werde. Frau Dr. Kordfelder habe das Thema am 8. Januar 2013 in einer der monatlichen Dienstbesprechungen der Bürgermeister kommuniziert und mitgeteilt, dass man auf die Umlandkommunen zukommen werde, damit man sich gemeinsam als Region aufstellen könne. Es habe eine Pressekonferenz zum Thema „Masterplanregion 100 % Klimaschutz“ am 16. Januar 2013 gegeben. Auch dort habe Frau Dr. Kordfelder das Thema transportiert. Am 17. Januar 2013 habe es ein Informationsgespräch im Wirtschaftsministerium, an dem Herr Dr. Janssen teilgenommen habe, gegeben. Die Kurzinformationen über dieses Gespräch seien auch in der Vorlage dargestellt. All das müsse nun mit Leben gefüllt werden. Man benötige viele Verbündete möglichst in allen Ministerien dafür. Am 18. Januar habe Frau Dr. Kordfelder bei einer Infrastrukturkonferenz des Bauministers in Münster den Bauminister auf die Ideen aufmerksam gemacht und angefragt, ob man einen Gesprächstermin vereinbaren könne, was zugesichert worden sei. Der Vorlage sei noch zu entnehmen, dass für den 28. Januar ein Gespräch zwischen der Stadt Rheine und NRW.Urban geplant sei. Dieses Gespräch ist in den Februar d. J. verlegt worden.

Der Chef der Staatskanzlei erscheine morgen zum Neujahrsempfang der Bundeswehr. Frau Dr. Kordfelder habe weitergehende Kontakte geknüpft, damit die Ideen weitergetragen werden können. Frau Dr. Kordfelder sichert zu, weiter über EFRE zu informieren, sollte es neue Informationen geben.

Herr Bonk bedankt sich für die sehr ausführliche Berichterstattung. Viele Dinge können unterstrichen werden. Jedoch sei man mit dem Ergebnis nicht zufrieden gewesen, als man aus Düsseldorf zurück gekommen sei. Man sei auch mit dem Wunsch nach Düsseldorf gefahren, dass das Land die Stadt Rheine unterstütze, in einer Kaserne eine Bildungseinrichtung zu installieren. Auch hätte man gerne eine Unterstützung in Form von Fördermitteln für die Einstellung eines Konversionsbeauftragten bekommen.

Herr Bonk macht deutlich, dass man nur erfolgreich sein werde, wenn man als Region auftreten werde. Auch auf politischer Ebene werde man aktiv werden, um auch die Umlandgemeinden für die Idee zu gewinnen.

NRW.Urban sei eine Institution, die im Vorfeld bei Machbarkeitsstudien oder Workshops tätig werde. Über diese Punkte sei man in großen Teilen schon hinweg. Man werde sich aber nicht verschließen und sei froh, wenn vielleicht neue Vorschläge eingebracht werden. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Reiske merkt an, dass bei dem Besuch in Düsseldorf deutlich geworden sei, dass es nicht um Flächenentwicklung und Umwandlung der Konversionsflächen in Rheine gehe. Es gehe in erster Linie um eine inhaltliche Zukunftsaufstellung für Rheine. Die Stichworte Klimaschutz, alternative Mobilität seien die Schlüsselworte, die immer wieder gefallen seien, und diese seien Bestandteile des EFRE-Programms. NRW.Urban sei der Türöffner für das Programm. Wichtig sei, dass man sich regional aufstelle. Herr Reiske erinnert daran, dass von Herrn Burmeister das Projekt „Soziale Stadt Dorenkamp“ unter Einbeziehung der Damloup-Kaserne angesprochen worden sei. In dem Gespräch habe Herr Burmeister angekündigt, er wolle mit Herrn Kuhlmann noch weiter gehende Gespräche führen. Herr Reiske fragt an, ob es dazu bereits nähere Erkenntnisse gebe.

Herr Roscher begrüßt die ausführliche Wiederholung und die neuen Erkenntnisse und wünscht ebenfalls eine Information zur Damloup-Kaserne. Bei der Konversion der Flächen müsse das Gesamtpaket gesehen werden und nicht nur einzelne Flächen. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Niehues macht deutlich, dass bei enger werdenden Finanzmitteln auf Bundes- und Landesebene das EFRE-Förderprojekt eine große Chance für die Region sein könnte. Andere Regionen seien aber an dieser Stelle mit großen Entwicklungsgesellschaften bereits viel weiter. Erschreckend sei, dass bei der Veranstaltung im Wirtschaftsministerium aus dem ganzen Münsterland nur die Stadt Rheine mit einer Person vertreten war. Es gehe nicht nur darum, sich über die Liegenschaften Gedanken zu machen. Der Wirtschaftsraum und Zukunftsaufgaben müssen in den Blick genommen und aufbereitet werden. Man müsse zusammenarbeiten und über alle Parteien die Chancen nutzen, den Fuß in die Tür zu bekommen. Man müsse den Konsens in der Region suchen und entsprechende Gespräche führen, wofür die Verwaltung die Initiative ergreifen soll. Man müsse zu vertiefenden Gutachten kommen, um die Anträge vorbereiten zu können. Herr Niehues weist darauf hin, dass vertiefende Gutachten Geld kosten. Die Stadt Rheine werde für die Gutachten in Vorlage treten müssen. Im Rahmen der weiteren Budgetberatungen müsse man neben den Geldern, die für das IEHK eingeplant seien, eine weitere Summe für vertiefende Gutachten einstellen, damit die Chance genutzt werden kann.

Herr Ortel erläutert, dass, wenn es nicht gelinge, im Rahmen aller Beteiligten in Netzwerken zu denken und diese aufzubauen, man schlechte Chancen habe. Er macht deutlich, dass man über Parteigrenzen hinaus nach gemeinsamen und konstruktiven Lösungen im Netzwerk suchen müsse.

Herr Holtel merkt an, dass man viel Unterstützung benötige, um das Projekt auf den Weg zu bringen.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf die Nachfrage von Herrn Reiske und teilt mit, dass der Staatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen habe, mit NRW.Urban diese Perspektivwerkstätten zu machen und mit der Rheinenser Idee der Modellregion zu verbinden. Herr Burmeister habe dazu das Angebot erweitert und ge-

sagt, dass die Damloup-Kaserne dort wieder eingebunden werden solle und entsprechende Anträge gestellt werden sollen. Das Thema werde man mit NRW.Urban aufarbeiten müssen. Es sei noch nicht erfolgt, aber die Gespräche laufen. Man werde darüber informieren.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass in der aktuellen Broschüre des RGR zum Thema „Europaarbeit in den Kommunen“ explizit darauf hingewiesen wurde, was der Mehrwert von Europabüros in den Kommunen sei. Großstädte verfügen über ganze Europaabteilungen. Den Schwerpunkt auf Europa zu legen, habe Frau Dr. Kordfelder bei der Einbringung des Haushaltes im Dezember 2012 noch einmal ausdrücklich benannt. An der Stelle müsse man sich explizit, auch personell, intensiver aufstellen. Ohne externe zusätzliche Unterstützung werde man in dem Bereich nicht auskommen. Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass man Unterstützung nicht auf parteilicher Ebene, sondern auf allen politischen Ebenen benötige. Man brauche einen überparteilichen Konsens.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandbericht zur Kenntnis.

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Analyse und Bewertung der Entwicklungsperspektiven der Bundeswehrkonversionsflächen in Rheine unter Einbeziehung von NRW.URBAN entsprechende Planungswerkstätten durchzuführen.

Zur aktiven Gestaltung des Strukturwandels in der Stadt Rheine und der Region wird die Verwaltung beauftragt, in Ergänzung zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2025 ein Konzept für ein regionales Handlungskonzept zu entwickeln. Das Konzept soll einen Vorschlag zur Projektorganisation enthalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Stellenausschreibung Konversionsmanager Vorlage: 069 / 13

0:58:29

Herr Bonk macht deutlich, dass die Stadt Rheine ein Konversionsmanager benötige. Man habe allerdings gehofft, dass man von außerhalb Unterstützung bekomme. Herr Bonk weist darauf hin, dass der Konversionsmanager ein Allrounder sein müsse. Er dürfe nicht nur Planer, sondern müsse auch einen Projektmanager sein. Dies soll in der Ausschreibung berücksichtigt werden. Wenn die Person eingestellt worden sei, müsse sie in der Hierarchie hoch angesiedelt werden, damit nach außen dokumentiert werde, dass eine wichtige Stelle geschaffen worden sei.

Herr Roscher gibt zu bedenken, dass eine 5-Jahres-Frist im Hinblick auf die Prozesse der Gartenstadt Gellendorf sehr knapp sei.

Herr Reiske macht deutlich, dass es nicht um die Entwicklung von Flächen gehe, sondern um eine inhaltliche Aufstellung. Diese inhaltliche Aufstellung gehe insbe-

sondere in Richtung Klimaschutz und alternative Mobilität. Vor diesem Hintergrund werde die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Stellenausschreibung nicht unterstützen und gegen den Beschlussvorschlag stimmen. Die Leitstelle Klimaschutz leiste sehr gute Arbeit; man könnte sich vorstellen, an dieser Stelle personell anders aufzutreten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Stelle des/der Konversionsmanager(s)(in) öffentlich auszuschreiben und eine(n) Konversionsmanager(in) befristet auf 5 Jahre einzustellen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	18	Ja-Stimmen
	1	Nein-Stimme

**6. Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin für das Jahr 2012
Vorlage: 056 / 13**

1:02:46

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin für das Jahr 2012 zur Kenntnis.

**7. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung - Lfd. Nr. 2.27 der Liste 2 der Konsolidierungsvorschläge; hier: TBR - Prüfung der Reduzierung des öffentlichen Anteils
Vorlage: 065 / 13**

1:03:13

Herr Ortel merkt an, dass dieser und der nächste Tagesordnungspunkt deutlich machen, dass, wenn man Haushaltskonsolidierung betreibe, man feststellen könne, dass die Einsparmöglichkeiten irgendwann erschöpft seien.

Herr Holtel ergänzt, dass weitere Reduzierungen nicht möglich seien.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass eine Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung und der Stadtentwässerung nicht möglich ist.

8. Haushaltskonsolidierung im Sonderbereich 0 und im Fachbereich 7
Vorlage: 004 / 13

1:06:55

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass die Vereinsmitgliedschaften die Bereiche 0 und 7 betreffen. Es gebe noch Mitgliedschaften in den anderen Fachbereichen; diese werden aber in den Fachausschüssen beraten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter den Ziffern 1.2.1, 1.2.2, 1.3, 2.1.1, 2.1.2, 3.1.4 und 3.2.1 und 3.2.2 in der Vorlage aufgeführten Vorschlägen zu und nimmt im Übrigen die Ausführungen zur Kenntnis.

9. Bestellung eines stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Rheine
Vorlage: 054 / 13

1:08:19

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, Herrn Peter Knebelkamp für eine Amtszeit von 6 Jahren beginnend mit dem 1. März 2013 zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Rheine zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung der Stadt Rheine 2008 bis 2015
- 4. Umsetzungsbericht für das Jahr 2012
- Einstellung von Auszubildenden im Jahre 2014
Vorlage: 085 / 13

1:08:01

Herr Roscher weist darauf hin, dass in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung gesagt worden sei, dass die Kapazitäten der Ausbildungsmöglichkeiten während der Praktika im Rathaus eine höhere Anzahl Auszubildender nicht zulässt. Herr Roscher bittet darum, dass die Stadt Rheine sich bei entsprechenden Gesprächen, z. B. zur Bachelor-Ausbildung, auch für Reformen der Ausbildungsinhalte einsetze, sodass die Qualität der Ausbildung gesichert bleibe, aber keine Überbelastung in den Ausbildungsbehörden eintrete. In der Zukunft werde man im Hinblick auf die demografische Entwicklung der Mitarbeiter(innen) im Rathaus vielleicht auch mehr als 2 Bachelor ausbilden müssen.

Herr Hermeling informiert, dass vor einigen Jahren keine Auszubildenden im gehobenen Dienst eingestellt worden seien. Dieses habe man nachgeholt, was dazu führt, dass man im Jahr 2014 in einer bestimmten Phase 10 Auszubildende im gehobenen Dienst habe. Wenn es wieder einen normalen Rhythmus gebe, werde man auch wieder 3 – 4 Auszubildende im gehobenen Dienst pro Jahr einstellen. Auch müsse man die Einstellung von Auszubildenden im Kontext zu den Stelleneinsparungen sehen, denn man wolle gerade im gehobenen Dienst Auszubildende einstellen, die später übernommen werden.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den 4. Umsetzungsbericht zur Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 bis 2015 zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt folgendem Vorschlag der Verwaltung zur Einstellung von Auszubildenden/Anwärter(inne)n im Jahre 2014 zu:
 - 2 Anwärter(innen) Bachelor of Laws (Inspektoranwärter[innen])
 - 2 Verwaltungsfachangestellte
 - 1 Veranstaltungskaufmann/-kauffrau
 - 1 Bauzeichner(in)
 - 1 Vermessungstechniker(in)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Aufhebung des Kw-Vermerkes für die Stelle 7124 "Anwendungsprogrammierung" im Fachbereich 7 "Interner Service"
Vorlage: 062 / 13

1:12:13

Herr Holtel merkt an, dass es Auszubildende gebe, mit denen man längerfristige Perspektiven planen könne.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den Kw-Vermerk für die Stelle 7124 „Anwendungsprogrammierung“ im Rahmen der Beschlussfassung des Stellenplanes 2013 aufzuheben.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Ausnahme vom externen Einstellungsstopp zur Übernahme des Auszubildenden für den Beruf des Fachinformatikers im Sommer 2013 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Beratung Stellenplan 2013, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 076 / 13

1:13:40

Herr Kramer weist darauf hin, dass sich bezogen auf den Fachbereichsstellenplan und auf den Haushaltsplan eine Differenz bei der Anzahl der Stellen von 0,09 Stellen ergebe. Diese Differenz sei erkannt und inzwischen behoben. Sie werde im endgültigen Plan berücksichtigt werden.

Herr Niehues befürwortet die Identität zwischen den Stellenplanberatungen und deren Ergebnissen und den Stellendarstellungen im Haushaltsplan.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Vorlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2013 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Beratung Stellenplan 2013, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 058 / 13**

1:16:00

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Vorlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2013 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Beratung Stellenplan 2013, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 063 / 13**

1:16:33

Herr Hermeling weist darauf hin, dass es in den Fachbereichen 7 und 0 eine Differenz gebe. Im Sonderbereich 0 gebe es eine Differenz von 0,03 Stellen. Der Stellenplan müsse dazu nicht verändert werden. Die Seiten im Haushaltsplan werden angepasst. Im Fachbereich 7 gebe es eine Differenz von 0,10 Stellen. Hierbei handele es sich um eine Umschichtung innerhalb des Bereichs.

Herr Niehues merkt an, dass es eine Verlagerung der Hausmeisterstellen vom Fachbereich 5 in den Fachbereich 7 gebe und bittet um Informationen, was der Anlass für die Verlagerung sei.

Herr Hermeling informiert, dass es sich bei den Hausmeistern um 2,9 Stellen handele. Bis vor 7 Jahren gehörten die Stellen zum Hauptamt. Nach Auflösung des Hauptamtes habe es eine intensive Diskussion zur Neuorganisation des Ge-

bäudemanagements gegeben. In dem Kontext seien die Hausmeister vom Fachbereich 7 in den Fachbereich 5 verschoben worden. Da es aber im Rathaus Überschneidungen mit anderen Diensten, die dem Fachbereich 7 zuzuordnen seien, gebe, habe man sich darauf geeinigt, die Stellen wieder dem Fachbereich 7 zuzuordnen. Der ursprüngliche Zustand sei wieder hergestellt worden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Vorlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 – Interner Service in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2013 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Beratung Stellenplan 2013, Fachbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 066 / 13**

1:19:11

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Vorlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereichs 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2013 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2013 - 2016
Sonderprojekt "IHK Dorenkamp"
Vorlage: 015 / 13**

1:19:37

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojektes „IHK Dorenkamp“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Beratung Ergebnis- und Investitionsplans 2013 - 2016
Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 072 / 13**

1:20:05

Herr Bonk bezieht sich auf die Transferaufwendungen in der Produktgruppe 34 an den Tierschutzverein Rheine und Umgebung e. V. für den Betrieb des Tierheims. In 2005 sei ein Betrag in Höhe von 38.000,00 € an den Verein geflossen. Im Jahr 2013 werde es einen Zuschuss in Höhe von 50.000,00 € geben. Es sei bereits signalisiert worden, dass der Betrag in 2014 um 10.000,00 bis 15.000,00 € aufgestockt werden müsse. Herr Bonk erläutert, dass man die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Aufgaben des Tierschutzvereins sehe. Jedoch seien im Vergleich zu anderen Kommunen erstaunliche Zahlen zustande gekommen. 2/3 der Gesamtaufwendungen des Vereins seien auf Personalkosten zurückzuführen. Eine Problematik sehe man bei den Fundtieren im Bereich der Katzen. Insgesamt wurden für die Stadt Rheine 238 Fundtiere untergebracht. Im gleichen Jahr wurden in der Stadt Hörstel 7 Fundtiere untergebracht. Fraglich sei, ob in anderen Kommunen die Fundtiere anders titulierte werden. Darüber hinaus habe man bei anderen Kommunen die Kostenstruktur in den Blick genommen. Man habe festgestellt, dass es bei anderen Gemeinden Kostenstrukturen gebe, die wesentlich günstiger seien. Man werde dem Zuschuss zustimmen, jedoch bittet die CDU-Fraktion, dass die Verwaltung mit dem Verein Gespräche führe im Hinblick auf die Möglichkeiten der Kostenreduzierung und unter der Voraussetzung des Vergleichs mit anderen Kommunen.

Herr Kramer informiert, dass die Kosten zwar gestiegen seien, aber die Anzahl der aufgenommenen Tiere ebenfalls sehr gestiegen sei. Nicht nur die Stadt Rheine, sondern ein Verbund mit 9 weiteren Kommunen aus der Region habe den Vertrag mit dem Tierheim geschlossen. Die Stadt Rheine sei aber der größte Vertragspartner. Es seien sicherlich Gespräche mit den anderen Kommunen erforderlich.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass man Hörstel nicht mit dem Verbund von 10 Kommunen vergleichen könne. Es habe differenzierte Absprachen zu den jeweiligen Anteilen gegeben. Frau Dr. Kordfelder lädt die Ratsmitglieder zur Jahreshauptversammlung ein. Dort werden die konkreten Zahlen dargestellt. Man könne keinem Bürger zumuten, ein Tier nach Münster oder Osnabrück zu bringen, weil es dort günstiger sei.

Herr Roscher hält fest, dass nichts gegen einen Vergleich mit anderen Tierschutzvereinen spreche. Der unmittelbare Vergleich mit Hörstel sei schwierig. Die Stadt Rheine sei urbaner als Hörstel.

Herr Niehues bezieht sich auf die sonstigen ordentlichen Erträge, Position 7 in der Produktgruppe 32, und erinnert daran, dass angekündigt worden sei, dass aufgrund der ab dem 1. April 2013 anstehenden Änderungen gegebenenfalls mit höheren Erträgen zu rechnen sei. Herr Niehues bittet zu überprüfen, ob hier nicht mit einem höheren Ertrag zu rechnen sei.

Weiter bezieht er sich auf die Produktgruppe 33 und das im Rahmen der Finanzplanung aufgezeigt worden sei, dass mit dem Neubau der Feuerwehr rechts der Ems in etwa in 2014 zu rechnen sei. Es sollte überlegt werden, was mit der alten Liegenschaft gemacht werde, weil es dadurch einen Kaufpreiserlös in 2014 geben könnte.

Herr Kramer bezieht sich auf die Position 7 in der Produktgruppe 32 und informiert, dass nicht absehbar sei, ob diese gesetzliche Veränderung überhaupt eintrete. Es sei auch sehr schwer, eine Schätzung vorzunehmen. Das richtige Park-

verhalten, was damit erreicht werden soll, werde dann eventuell auch eintreten, und die Anzahl der gebührenpflichtigen Verwarnungen werde sinken.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 3 – Recht und Ordnung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2013 - 2016, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 064/13**

1:33:50

Herr Niehues merkt an, dass er davon ausgehe, dass die Änderungen aus den Wirtschaftsplänen in den neuen Entwurf eingearbeitet werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, das Budget des Fachbereichs 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

18	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme

**19. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2013 - 2016, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 021/13**

1:34:37

Herr Hermeling bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Niehues zu den Entgelten bei den Einnahmepositionen 2, 5 und 7 im Jahre 2012. Leider könne er dazu nicht mehr berichten, da die Buchungen noch laufen und voraussichtlich noch Umbuchungen vorgenommen werden müssen.

Herr Niehues schlägt vor, dass man im Laufe des Jahres, wenn die Buchungsvorgänge abgeschlossen seien, noch mal über die beiden Bereiche diskutiere. Es sei wichtig zu wissen, ob die im Ansatz vorhandenen Aufwendungen und Erträge in etwa mit den tatsächlichen übereinstimmen oder ob man möglicherweise etwas ändern müsse. Wenn die Zahlen vorliegen, sollte man noch einmal in differenzierter Form diskutieren.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereich 7 - Interner Service unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**20. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2013 - 2016, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 057 / 13**

1:36:59

Herr Niehues bittet darum, dass für das EU-Förderprojekt „EFRE“ und ähnliche Projekte ein Betrag eingestellt werde, auch wenn dieser Betrag zunächst gering sei, da man noch nicht abschätzen könne, wie teuer vertiefende Gutachten sein werden.

Herr Niehues bezieht sich auf die Transferaufwendungen für den Verkehrsverein und beantragt, dass die Sondermarketingmittel in Höhe von 50.000,00 € mit einem Sperrvermerk versehen werden, solange bis die Gesamtproblematik Stadtmarketing im Rat behandelt worden sei.

Herr Niehues weist darauf hin, dass in der Produktgruppe 01 unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen ein Beitrag für die Bekanntmachung eingestellt worden sei. Es sei zu prüfen, ob es durch den Wegfall der Münsterschen Zeitung einen geringeren Kostenaufwand gebe. Der Ansatz für die Aufwendungen für die Bekanntmachung in der Münsterschen Zeitung müsste dann gestrichen werden.

Herr Roscher merkt an, dass der Sperrvermerk für das Stadtmarketing überraschend komme.

Herr Niehues weist darauf hin, dass die Mittel in den letzten Jahren dem Verkehrsverein für größere Aufgaben zur Verfügung gestellt worden seien, weil es kein Stadtmarketingkonzept gegeben habe. Jetzt werde ein Stadtmarketingkonzept aufgestellt, wobei die Frage der Kosten für das zentrale Stadtmarketing noch beantwortet werden müsse. Daher wolle man die 50.000,00 € zunächst mit einem Sperrvermerk versehen. Herr Niehues ist damit einverstanden, die Entscheidung über den Sperrvermerk auch bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Auf Nachfrage von Herrn Niehues erläutert Herr Krümpel, dass es spätestens in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung eine Vorlage zum Sonderbereich 9 geben werde. Es gebe verschiedene Änderungen, auch im Bereich der Gewerbesteuer- und Kreisumlage. Zum Thema „Stiftung Stadtwerke“ werde es einen Vorschlag geben. Aus Sicht der Kämmerei könne das Geld nur zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass das Geld dann allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen werde.

21. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

1:47:29

Es liegen keine Eingaben vor.

22. Einwohnerfragestunde

1:14:30

Es folgen keine Wortmeldungen.

23. Anfragen und Anregungen

1:47:40

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:47 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin